

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die **Landtagswahl im Saarland** am vergangenen Sonntag hat zwar nicht dazu geführt, dass die SPD stärkste Kraft geworden ist. Aber wir haben 6 Prozentpunkte hinzugewonnen im Vergleich zu unserem Ergebnis bei der Wahl im Saarland 2009. Besonders bei Beamten, Rentnern, Arbeitern und Arbeitslosen konnten wir unser Ergebnis deutlich verbessern. Das zeigt: Unser Kernklientel steht zur SPD. Dies ist die elfte Landtagswahl in Folge, bei der eine Regierungsbeteiligung der SPD als Ergebnis herauskommt. Heiko Maas wird dafür sorgen, dass in den Koalitionsverhandlungen viele sozialdemokratische Forderungen durchgesetzt werden. Am vergangenen Sonntag hat die SPD zudem die Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt und Mainz gewonnen – in Frankfurt nach einer 18jährigen CDU-Ära unter Petra Roth. Dies war ein erfolgreiches Wochenende für uns Sozialdemokraten!

Am Donnerstag hat der Bundestag über **neue Steuersenkungen auf Pump** entschieden. Union und FDP wollen damit Spitzenverdienern mehr Geld geben, die dieses gar nicht unbedingt brauchen. Für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen bringen die Steuersenkungen dagegen wenig bis gar nichts. Wenn diese Steuersenkungen überhaupt eine Wirkung haben, so vergrößern sie nur die soziale Spaltung. Vor allem aber kosten sie 6 Milliarden Euro, und diese Zeche will Merkel zu einem erheblichen Teil von Ländern und Kommunen bezahlen lassen. Der Hilferuf der Städte und Gemeinden bleibt bei Union und FDP unerhört. Die Steuersenkungen sind unsozial, unnützlich und bluten die Kommunen aus. Die SPD wird daher im Bundesrat, wo der Gesetzentwurf im Mai behandelt wird, gehörig Druck machen!



Berlin-Brief, Ausgabe 116
30. März 2012

Meine Termine

Jahreshauptversammlung SPD-Ortsverein Böckingen

31.03.2012, 14 Uhr, Heilbronn-Böckingen, Viehweide 5

Kaminabend am Neumitgliederseminar der Jusos Baden-Württemberg

31.03.2012, 17 Uhr, Heilbronn, Jugendherberge

Jahreskonzert Sängerkreis Gundelsheim

31.03.2012, 19 Uhr, Gundelsheim, Deutschmeisterhalle

Podiumsdiskussion: Prekäre Beschäftigung und ihre Folgen

12.04.2012, 19.30 Uhr, Heilbronn, Gewerkschaftshaus, Gartenstraße 64

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

In dieser Woche haben die Verhandlungen zwischen Regierungskoalition und Opposition über den **Fiskalpakt** begonnen. Wir Sozialdemokraten sind bereit, den Fiskalpakt so zu gestalten, dass er wirksam wird. Dazu müssen wir Initiativen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa schaffen. Denn nur so kann das Ziel des Pakts erreicht werden, die Neuverschuldung der Länder zurückzuführen. Das Geld dafür müssen wir bei denen holen, die schuld sind an den Schulden. Das sind die Finanzmärkte und Spekulanten, die bis heute keinen Cent bezahlen müssen, um die Schulden abzuführen, die wir wegen ihnen machen mussten. Deswegen tritt die SPD ganz entschieden dafür ein, dass wir die Spekulation an den Finanzmärkten besteuern. Auch die CDU hat dies nach jahrelanger Blockade erkannt, selbst die Kanzlerin ist für die Finanztransaktionssteuer. Das Problem ist aber wieder einmal die FDP: Während sie sich von Wahlniederlage zu Wahlniederlage hangelt, blockiert sie jegliche sinnvolle Politik in der Bundesregierung. Es kann nicht sein, dass ein Großteil der Bundesregierung für die Finanztransaktionssteuer ist, und nur eine Partei, die in den Umfragen noch zwischen 1,2 und 3 Prozent bekommt, verhindert, dass endlich eine Besteuerung der Finanzmärkte eingeführt wird.

Die FDP hat an diesem Donnerstag auch die **Schaffung einer Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten** verhindert. Nun werden 11.200 Beschäftigte der Drogeriemarktkette schon ab Montag arbeitslos sein. Davon sind auch Schlecker-Beschäftigte der Region Heilbronn unter anderem in den Filialen Biberach, Böckingen, Neckargartach, Ittlingen, Möckmühl, Neckarsulm und Schwaigern betroffen. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet die FDP, die sich als Partei der Wirtschaft sieht, für das Scheitern der Transfergesellschaft verantwortlich ist. Damit steht die FDP nur auf der Seite der Unternehmensbosse, nicht aber auf der Seite der Arbeitnehmer. Mit den 11.200 Beschäftigten verlieren nun mehr Menschen ihren Job als die FDP vergangenen Sonntag im Saarland Wähler hatte! Baden-Württemberg ist das Heimatland des Schlecker-Konzerns, weshalb sich SPD-Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid für eine Transfergesellschaft stark gemacht hatte. Die Schlecker-Angestellten, hauptsächlich Frauen, sind die doppelten Leidtragenden: Erst mussten sie unter den allseits bekannten schlechten Arbeitsbedingungen bei der Drogeriemarktkette leiden. Jetzt landen sie auf der Straße wegen einer falschen Unternehmensstrategie und wegen der arbeitnehmerfeindlichen Politik der FDP. Es ging zu keinem Zeitpunkt darum, Schlecker mit seinen schlechten Arbeitsbedingungen durch eine Bürgschaft zu retten, sondern darum, die Beschäftigten vor der unmittelbaren Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Nach dieser Sitzungswoche beginnt im Bundestag die dreiwöchige Osterpause. Ich werde diese Zeit nach einer kleinen Auszeit nutzen, um viel im Wahlkreis unterwegs zu sein. Ich wünsche Ihnen eine ruhige und besinnliche Karwoche.

Mit freundlichen Grüßen

